

BESCHLUSS

Nr: 71-LV 18- 2026

Vorlage für die Sitzung des
Landesvorstandes am:

17. Februar 2026

Zum Tagesordnungspunkt:

Landtagswahl 2026

Einreicher:innen:

Landesvorsitzende

Thema:

Strategiepapier zur Landtagswahl 2026

Beschlussvorschlag:

Für die strategische Ausrichtung zur Landtagswahl
2026 schlagen die Landesvorsitzenden den ange-
hangenen Entwurf zur Wahlstrategie vor.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:

Parteiöffentlich

Finanzielle Mittel:

keine

Die Vorlage wurde abgestimmt mit:

Eingereicht am:

14.02.2026

Beschlussfassung:

12 ja 0 nein 0 Enthaltung

Wahlstrategie zur Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt

Gemeinsinn ist unser politisches Versprechen. Die Linke steht für Verteilungsgerechtigkeit, Solidarität und Humanität. Soziale Gerechtigkeit ist der Kern unserer politischen Identität.

Im Wahlkampf 2026 wollen wir mehr als Stimmen gewinnen. Wir wollen Menschen zurückgewinnen: für politische Beteiligung, für das Gefühl von Wirksamkeit, für Zusammenhalt und Hoffnung. Unser Wahlkampf setzt auf Mitmachen, auf Begegnungen auf Augenhöhe und echte Gespräche. Er zeigt: Wir sind viele. Wir hören zu. Und wir machen das gemeinsam.

Zielgruppen

Im Mittelpunkt unserer Strategie stehen Menschen, die von sozialer Unsicherheit und wachsender Ungleichheit besonders betroffen sind: Arbeitnehmer:innen mit unsicheren oder niedrigen Einkommen, Alleinerziehende, Rentner:innen, junge Familien, prekär Beschäftigte sowie unterbezahlte Akademiker:innen.

Zur Bundestagswahl haben sehr viele Menschen Die Linke gewählt, die sich von der Politik der AfD bedroht fühlen und unsere Demokratie beschützen wollen. Menschen aus Kunst und Kultur, der Wissenschaft und den Medien, Vereinen und Verbänden, Demokratiprojekten und die vielen Engagierten im ländlichen Raum, die sich rechter Meinungsmache entgegen stellen. Ihnen sagen wir: Die AfD wird dieses Land nicht regieren. Für sie sind wir der Pol der Hoffnung.

Darüber hinaus richten wir uns gezielt an junge, urbane Milieus mit sozialen und ökologischen Wertvorstellungen – insbesondere in Städten wie Halle, Magdeburg und Dessau sowie in Mittelstädten und an Hochschulstandorten.

Eine besondere Rolle spielen zudem unentschlossene Nichtwähler:innen, frühere Wähler:innen der Linken sowie Frauen, deren Lebensrealitäten und Sorgen im politischen Diskurs häufig übergangen werden.

Haltung und Tonalität

Die Linke tritt selbstbewusst, kämpferisch und sozial verbindend auf. Wir verstehen uns als verlässliche Kraft für Sicherheit im Alltag. Unsere klare Abgrenzung

nach rechts geht einher mit einem positiven Gegenangebot: keine Panikmache, sondern konkrete, solidarische Lösungen.

Unser Versprechen lautet: Wir machen es besser, für alle. Wir begegnen den Lautsprechern von rechts mit Mut, Haltung und Humor. Emotional wird unser Wahlkampf dort, wo es um soziale Sicherheit, um Angst vor Armut und Gewalt geht. Die LINKE spricht nicht nur über Politik, wir sprechen über das Leben der Menschen.

Wir gehen auf die Menschen zu. An den Haustüren, auf der Straße, am Gartenzaun. Wir hören zu und helfen, Probleme im Alltag zu bewältigen. Mit unseren Strukturen von Die Linke hilft!, dem Miet- und Heizkostencheck unterstützen wir Konkret. Ziel der Gespräche ist es, Menschen zu aktivieren und sie von der Wahl unserer Partei zu überzeugen.

Ausgangslage

Die Landtagswahl 2026 findet in einer Phase tiefgreifenden Veränderungen statt. Viele Menschen erleben ihren Alltag als zunehmend unsicher: steigende Lebenshaltungskosten, ein überlastetes Bildungs- und Gesundheitssystem, weltpolitische Spannungen, der fortschreitende Rückzug öffentlicher Infrastruktur. Diese sozialen Brüche gehen einher mit einem wachsenden Vertrauensverlust in Parteien, staatliche Institutionen und demokratische Prozesse. Das Gefühl, allein gelassen zu werden, prägt den politischen Alltag vieler Menschen in Sachsen-Anhalt.

Der Wahlkampf wird begleitet von massiven Angriffen auf den Sozialstaat: Arbeitgeberverbände, wirtschaftsnahe Institute und Teile der Bundesregierung stellen gewerkschaftlich erkämpfte Rechte, verlässliche Renten, das Bürgergeld und die soziale Daseinsvorsorge infrage. Während Milliarden in Aufrüstung fließen, bleiben notwendige Investitionen in klimaschonende Transformation, in Bildung und soziale Sicherheit aus. Die wirtschaftliche Lage ist angespannt und für viele Menschen spürbar existenziell: Industriearbeitsplätze gehen verloren, Reallöhne und Renten hinken im Osten weiter hinterher, Energiekosten und Mieten steigen und die Preise des täglichen Bedarfs bleiben auf hohem Niveau. Während Deindustrialisierung und Strukturwandel ganze Regionen unter Druck setzen, zieht sich der Staat vielerorts seit Jahren zurück und lässt Beschäftigte, Familien und Kommunen allein.

In einer Welt zunehmender internationaler Krisen, wachsender Kriegsgefahr und eskalierender Klimazerstörung gewinnt das Bedürfnis nach Sicherheit eine neue, zentrale Bedeutung. Genau hier setzt Die Linke an: mit dem Versprechen eines handlungsfähigen, solidarischen Staates und einer Politik, die niemanden zurücklässt.

Unser Programm

Bezahlbares Leben, verlässliche Daseinsvorsorge, Gemeinsinn

Die Linke wählen heißt soziale Sicherheit für alle. Wir stehen für ein bezahlbares Leben, faire Löhne und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge. Unsere Politik bleibt nicht abstrakt: Sie sorgt für konkrete Verbesserungen im Alltag – beim Einkaufen, beim Wohnen, bei Energie, Bildung und Mobilität.

Bezahlbares Leben statt Existenzangst

In Sachsen-Anhalt erleben viele Menschen tagtäglich, wie das Leben teurer wird, während die Einkommen nicht Schritt halten. Seit Jahren steigen die Preise an der Supermarktkasse, bei Heizung, Strom und Miete – doch die Löhne liegen weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, die Renten sind niedriger. Große Vermögen, Unternehmenszentralen und Immobilienwerte befinden sich überwiegend in westdeutscher Hand. Was hier erwirtschaftet wird, fließt oft woandershin ab.

Diese Ungleichheit ist kein Zufall und kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, die Ostdeutschland über Jahrzehnte benachteiligt haben. Genau deshalb muss sie auch politisch korrigiert werden – durch höhere Löhne, bezahlbares Wohnen und eine Politik, die die Interessen der Menschen in Sachsen-Anhalt endlich in den Mittelpunkt stellt.

Besonders deutlich zeigt sich das beim Wohnen. Auch in ostdeutschen Städten, Kleinstädten und zunehmend im ländlichen Raum steigen Nebenkosten und die Mieten spürbar. Gleichzeitig fehlen Sozialwohnungen, und viele Haushalte müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens fürs Wohnen aufbringen. Wer dann noch mit hohen Energiepreisen konfrontiert ist, gerät schnell unter Druck. Wenn am Monatsende nur noch das Allernötigste bleibt und jede unerwartete Rechnung zur Belastung wird, dann läuft etwas grundlegend falsch.

Wir sagen klar: Das darf so nicht weitergehen. Wer arbeitet oder ein Leben lang gearbeitet hat, muss sich mehr leisten können als gerade so das Überleben. Es muss möglich sein, Kinder ordentlich auszustatten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder eine kaputte Waschmaschine zu ersetzen, ohne Angst vor dem nächsten Kontoauszug zu haben. Ein gutes Leben darf kein Luxus sein.

Deshalb tritt Die Linke entschieden gegen Preisexplosionen und Konzerngewinne auf Kosten der Allgemeinheit ein. Wenn große Unternehmen Preise für Energie, Lebensmittel oder Wohnen stärker erhöhen als ihre tatsächlichen Kosten, dann braucht es staatliche Eingriffe. Eine öffentliche Preiskontrollstelle muss genau hier ansetzen und Preissteigerungen begrenzen können. Gerade im Energiesektor dürfen Preiserhöhungen nicht länger durchgewunken werden – sie müssen genehmigt und notfalls gestoppt werden.

Gleichzeitig müssen die täglichen Ausgaben spürbar sinken. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Hygieneartikel und den öffentlichen Nahverkehr würde Millionen Menschen sofort entlasten – besonders in Ost-

deutschland, wo ein größerer Teil des Einkommens für den Alltag draufgeht. Entlastung darf nicht bei Steuererleichterungen für Konzerne enden, sie muss bei den Menschen ankommen.

Auch Mobilität ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. In vielen Regionen Ostdeutschlands sind Bus und Bahn keine Option, sondern die einzige Möglichkeit, zur Arbeit, zur Schule oder zum Arzt zu kommen. Steigende Ticketpreise treffen deshalb besonders hart. Die Rückkehr zum 9-Euro-Deutschlandticket wäre ein klares Signal: Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Langfristig kämpfen wir für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr, damit Teilhabe nicht vom Einkommen abhängt.

Unser Anspruch ist eindeutig: Ostdeutschland darf nicht weiter abgehängt werden. Bezahlbares Wohnen, kontrollierte Preise und verlässliche Mobilität sind keine Gefälligkeiten, sondern Voraussetzungen für ein Leben in Würde. Dafür streitet Die Linke – konsequent und an der Seite der Menschen.

Verlässliche öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit

Egal ob jung oder alt, Stadt oder Land, Einheimische oder Zugezogene: Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Die wahren Probleme heißen steigende Preise, unsichere Arbeit und kaputtgesparte öffentliche Infrastruktur, nicht die Menschen neben uns. Andere Parteien sparen bei den Vielen und schützen die Profite Weniger. Sie wollen: länger arbeiten für weniger Geld, den 8-Stunden-Tag aufweichen, bei Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung kürzen.

Wir sagen klar: Das lassen wir uns nicht gefallen. Soziale Sicherheit ist kein Kostenfaktor, sondern die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Die Linke organisiert Widerstand gegen Sozialabbau und steht solidarisch an der Seite derer, die sonst übersehen werden.

Sicherheit bedeutet für uns mehr als Polizei und Kontrolle. Sicherheit heißt: keine Existenzangst, gute Bildung, erreichbare Ärzte, verlässliche Busse und Bahnen, würdige Pflege. Deshalb investieren wir gezielt in: Bildung und gut ausgestattete, offene Schulen und Kitas, Perspektiven für alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Gesundheit und Pflege: flächendeckende Versorgung, gute Arbeitsbedingungen und genügend Personal. Öffentlichen Nahverkehr: zuverlässig, bezahlbar und barrierefrei – auch im ländlichen Raum.

Wir sind die Hoffnung – Haltung zeigen, Gemeinsinn wählen

In diesem gesellschaftlichen Klima gewinnt der Rechtsruck an Dynamik. Die AfD instrumentalisiert soziale Ängste und reale Missstände, um autoritäre, ausgrenzende und demokratiefeindliche Antworten zu propagieren. Sie bietet keine Lösungen – sondern Sündenböcke. In den Umfragen liegt die AfD vorn. Nur noch etwa die Hälfte der Menschen schließt sie kategorisch von der eigenen Wahlentscheidung aus. Das ist Ausdruck einer tiefen politischen Krise: Das Vertrauen in

etablierte Parteien und Institutionen erodiert rasant. Der Ausgang der kommenden Landtagswahl ist so offen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Ostdeutsche Wahlen drohen erneut zum bundesweiten Medienspektakel zu werden, reduziert auf Zuspitzung statt auf Inhalte.

Auch Sachsen-Anhalt steht unter massivem Druck: Krieg und Inflation, wirtschaftliche Schwäche und der notwendige klimaneutrale Strukturwandel schüren Unsicherheit und Abstiegsängste. Polarisierende Asyldebatten und die fortgesetzte Diffamierung von Arbeitslosen untergraben den sozialen Zusammenhalt und heizen Verteilungskämpfe an.

Wir sind überzeugt: Die AfD darf keine Kontrolle über Staat und Gesellschaft, über Schulen, Museen und öffentliche Institutionen erhalten. Wer politische Verantwortung übernimmt, braucht ein Programm für das ganze Land – nicht ein Programm der Spaltung, Ausgrenzung und der Angst.

Eine Stimme für die Linke ist immer auch ein klares Nein zur Politik der AfD. Dieser Wahlkampf ist mehr als ein Wettbewerb um Zustimmung. Er ist ein Kampf um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb ist unser Wahlkampf bewusst zugewandt, solidarisch und lösungsorientiert. Wir setzen auf Nähe zu den Menschen, auf echtes Zuhören und auf konkrete Antworten.

Gleichzeitig scheuen wir den politischen Konflikt nicht. Wir benennen klar: AfD-Politik liegt nicht im Interesse der Mehrheit. Sie verschärft soziale Spaltung, schwächt Arbeitnehmer:innen-Rechte und stellt demokratische Grundrechte infrage. Wir gehen konsequent an die Haustüren, suchen das Gespräch über Sorgen und Hoffnungen, sind sichtbar auf Straßen und Plätzen. Wir bieten konkrete Unterstützung an, mit sozialen Sprechstunden, Heizkostenchecks und der Mietwucherer-App. Während andere Parteien vor allem reden, hören wir zu. Aus diesen Gesprächen entwickeln wir unsere politischen Forderungen weiter – praxisnah und glaubwürdig. Diese Forderungen tragen wir entschlossen in den Landtag.

Unsere Kandidierenden

Mit Eva von Angern tritt Die Linke mit einer Spitzenkandidatin an, die für eine soziale, feministische und verantwortungsbewusste Politik steht. Eva weiß, wie politische Entscheidungen das Leben von Frauen, Familien und Beschäftigten konkret beeinflussen und sie macht diese Perspektiven zum Maßstab unserer Politik.

Eva kämpft für Gleichstellung, für Chancengerechtigkeit und die konsequente Bekämpfung von Armut und für eine Gesellschaft, die Sorgearbeit, Pflege und Erziehung endlich voll anerkennt und absichert. Sie setzt sich für eine demokratische Gesellschaft ein, in der Vielfalt geschützt, Diskriminierung bekämpft und Selbstbestimmung gestärkt wird.

Landesweit legen wir den Schwerpunkt auf die Zweitstimme als entscheidende Parteienstimme. Unser Anspruch auf eigene Stärke zeigt sich auch im Kampf um

die Direktwahlkreise, in denen Kandidat:innen der Linken bereits bei der Bundestagswahl besonders erfolgreich waren. Die Landespartei unterstützt alle Kandidat:innen materiell gleichberechtigt.

In Halle und Magdeburg haben sich die Genoss:innen entschieden, besonders stark um die Direktwahlkreise zu kämpfen, die anhand der Ergebnisse der Bundestagswahl gewinnbar erscheinen.

Dieser wird durch den Landesverband gezielt unterstützt. Die Erfahrungen aus der Bundestagswahl zeigen: Ein engagierter Wahlkampf mit glaubwürdigen Kandidierenden vor Ort stärkt nicht nur das Direktwahlergebnis, sondern wirkt sich positiv auf das Gesamtergebnis der Partei aus. Zudem entfalten diese Kampagnen ein hohes Mobilisierungspotenzial für Genoss:innen und Unterstützer:innen.

Wahlziel

Wir wollen das Ergebnis der Landtagswahl 2021 deutlich ausbauen. Die Linke soll mit einer gestärkten Fraktion in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen, geschlossen und handlungsfähig. Dafür wollen wir über 140.000 Wähler:innen überzeugen. Gemeinsam mit unserer Spitzenkandidatin Eva von Angern und engagierten Kandidat:innen in den Wahlkreisen zielen wir auf ein deutlich zweistelliges Ergebnis.

Die Bundestagswahl hat gezeigt: Die Linke wächst. Wir haben besonders viele jüngere Wähler:innen und neue Mitglieder gewonnen. Unsere Wählerschaft verbindet der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft. Sie bewegt die Gleichstellung von Frauen, der Schutz und die Rechte von Minderheiten, soziale Sicherheit und eine lebendige Demokratie in Ost und West. Soziale Gerechtigkeit und der entschlossene Kampf gegen Rechts sind für unsere Wähler:innen die zentralen politischen Anliegen.

Politische Konkurrenz

Die CDU regiert das Land seit 24 Jahren und stellt die Ministerpräsidenten. Sie ist damit Ziel der Auseinandersetzung, da sie federführend das Land an die Stelle manövriert hat, an der es jetzt steht. Die CDU steht für Stillstand und Verwalten statt Gestalten. Spitzenkandidat Sven Schulze ist bei Weitem nicht so bekannt wie Reiner Haseloff. Auch die kurze Zeit als Ministerpräsident wird daran wenig ändern. Politisch kann er kaum Erfolge aufweisen. Weder die Intelansiedlung, noch die Krise in der Chemieindustrie wurden kompetent gemanagt. Mit dem Beschluss der Fraktionsvorsitzenden auf der CSU-Klausur signalisiert die CDU eine deutliche Abgrenzung zur AfD. Gleichzeitig behält sie sich vor, die Inhalte der AfD zur eigenen Politik entwickeln zu dürfen.

Die Linke stellt sich gegen AfD Politik – egal wer sie macht. Das blasse Auftreten der CDU lässt das bundespolitische Agieren in den Blick rücken. Es ist zu erwarten, dass eine massive Verschlechterung der sozialen Rechte der Bevölkerung durchgesetzt wird. (Bürgergeld; Rente mit 70; Krankenkassenleistungen; Abschaf-

fung 8 Stunden-Tag; Verbandsklagerecht) Bei der Aufhebung der Schuldenbremse für Investitionen jenseits der Rüstung ist eine Blockade zu erwarten. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage und eines drohenden Arbeitsplatzverlustes kann der Widerstand gegen die Reformen wachsen. Die Linke kann hier als glaubhafte Alternative punkten.

Der prozentuale Abstand der CDU zur AfD in den Umfragen lässt einen Kampf um die stärkste Kraft im Land oder ein Kopf an Kopf Rennen der Spitzenkandidaten unglaublich erscheinen. Eine Debatte, die sich nur auf dieses Duell bezieht, muss unsererseits gekontert werden, weil es um Mehrheiten geht – nicht um Parteien.

Die AfD beschäftigt sich vor allem mit sich selbst und ihrer Ambition, erstmals eine Landesregierung stellen zu wollen. Sie inszeniert diesen Anspruch gezielt als Provokation und lebt von überregionaler Aufmerksamkeit und Krisenrhetorik. Sie steht in den derzeitigen Umfragen bei bis zu 40% und kann, je nach Konstellation, die absolute Mehrheit im Land erringen. In zahlreichen Landratswahlen wurde jedoch deutlich: Die AfD ist nicht unbesiegbar. Wir sind die entschiedensten Gegner:innen zur Politik der AfD. Eine Stimme für Die Linke ist die glaubhafteste und sicherste Wahl, damit AfD-Politik im Land keine Chance hat.

Die AfD ist widersprüchlich (Wehrpflicht) und zerstritten (personell). Ihre Strategie ist es, Die Linke in einen Kulturkampf zu ziehen und damit das Millieu der Arbeiter:innen von uns wegzuziehen. Es ist unsere Herausforderung, die Provokationen der AfD nicht unbeantwortet zu lassen, sich aber in die Konstellation eines Kulturkampfes nicht hineinziehen zu lassen. Besonders das Agieren der Trump Regierung zeigt, was gesellschaftlich mit der AfD droht. Die Angriffe auf die Institutionen, die der AfD Widerstand leisten (Demokratie- und Umweltprojekte; Kunst, Kultur, Hochschulen, Medien...) lassen gesellschaftliche Widerstand wachsen. Die Linke kann hierbei glaubhaft als Pol der Hoffnung und Kämpferin für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie überzeugen.

Wirtschaftspolitisch ist die AfD eine marktradikale und ultralibertäre Partei der Reichen und des Adels. Es ist unsere Aufgabe die Menschen davon zu überzeugen, dass eine Stimme für Die Linke eine Stimme für ihre soziale Sicherheit ist.

Die SPD ist seit 2006 in unterschiedlichen Konstellationen Koalitionspartnerin der CDU. Sie stellt seit dem den stellvertretenden Ministerpräsidenten. Insbesondere unter Finanzminister Bullerjahn vertrat sie einen radikalen Sparkurs, der beispielsweise zum heutigen Lehrer:innenmangel aber auch zu Kürzungen an den Hochschulen und in der Kultur geführt hat.

In dieser Legislatur sind die Erfolge der SPD begrenzt. Insbesondere die Auseinandersetzungen mit den Träger:innen der Eingliederungshilfe (Menschen mit Behinderung), aber auch das Unvermögen, die Schulsozialarbeit sowie Krankenhäuser im ländlichen Raum zu sichern, haben im Sozialbereich negative Spuren hinterlassen. Die defacto Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetz hat die Gewerkschaften verprellt. Hier gilt Die Linke durch ihr unermüdliches Handeln als glaubhafte Alternative. Umfragewerte von 6% lassen die SPD mit der 5% Hürde ringen. Dieser Umstand lässt unserer Partei eine neue Rolle zukommen, die sie im richtigen Moment annehmen muss. Auch bei der SPD wird die Aufmerksamkeit auf ihr bundespolitisches Agieren groß sein.

Bündnis90/Die Grünen liegen in den Umfragen konstant bei 3%. Ihr Einzug in den Landtag ist damit fraglich. Unterstützt wird diese Annahme durch die Wahlergebnisse der letzten Landtagswahl. Hier konnten Die Grünen nur in den großen Städten punkten. In der Fläche erreichten sie die 5% nicht. Insbesondere in den Hochschulstädten sprechen Die Grünen eine ähnliche Wählerschaft an. Es wird für sie darauf ankommen, ob sie glaubhaft den Menschen vermitteln können, dass sie die 5 %Hürde überwinden können.

Insbesondere die nicht fest an uns gebundenen Wähler:innen laufen Gefahr, einer Solidarisierungskampagne Glauben zu schenken. Die Erzählung, dass eine absolute Mehrheit der AfD durch den Wiedereinzug der Grünen verhindert werden kann, kann unterstützend wirken. Umso wichtiger ist es deutlich zu machen, dass mit der Linken eine entschieden antifaschistische, soziale und ökologische Kraft im Landtag sicher vertreten ist, die deutlich gestärkt aus diesem Wahlkampf ins Parlament einziehen muss. Damit wird AfD-Politik verhindert.

Die FDP liegt in den Umfragen bei unter 3%. Ihr Einzug in den Landtag ist unwahrscheinlich. Die Erfolge ihrer Regierungstätigkeit sind nicht erkennbar. Insbesondere als selbsternannte Bürgerrechtspartei und dem Kernthema Digitalisierung ist sie blass. Auf dem 3-Königs-Treffen hat sie mit der Einladung des Staatssekretärs für Deregulierung des argentinischen Präsidenten Milei deutlich gemacht, dass sie den marktradikalen Kurs fortsetzen will. Mileis Kettensäge ist dabei Symbol für die Zerstörung staatlicher Kontrolle und Struktur zur sozialen Sicherheit für die Mehrheit der Menschen. Die FDP entwickelt sich damit von der liberalen Bürgerrechtspartei zum ultralibertären Projekt. Diese Politik wird durch Die Linke entschieden abgelehnt.

BSW reduziert sich zunehmend auf eine Funktion: der AfD den Weg zur Macht zu ebnet. Es wurde mit der Ansage gegründet, Die Linke zerstören zu wollen. Es sind einige (ehemalige) Mandatsträger:innen zu BSW gewechselt. Mit der Auseinandersetzung und der Neuwahl im Vorstand, sind diese jedoch teilweise wieder ausgestiegen. Das Zerfallen der Koalition in Brandenburg unterstützt den Eindruck der Inkompetenz und Zerstrittenheit. Insbesondere der Druck der Bundesebene sorgt immer wieder für Querelen. BSW lag in der letzten Umfrage bei 6%. Der Einzug in den Landtag kann jedoch scheitern. Unsere Aufgabe ist es ehemalige Wähler:innen der Linken zurückzugewinnen. Auch für sie kann Die Linke wieder der sichere Pol der Hoffnung sein.

Die Linke steht gegen Stillstand und soziale Kälte. Wir hören zu, handeln solidarisch und vertreten die Interessen derjenigen, die sich von anderen Parteien nicht mehr gesehen fühlen.

Wer Die Linke wählt, entscheidet sich für:

ein bezahlbares tägliches Leben,
 Gemeinnutz statt Spaltung,
 eine starke öffentliche Infrastruktur,
 für ein Sachsen-Anhalt, das zusammenhält und niemanden zurücklässt.

